

Vertrauen auf Verbraucher

Ex-Umweltministerin Hendricks beim Forum Zukunft

Von unserem Mitarbeiter
Karl-Heinz Fischer

Baden-Baden. „Ja, unsere Welt ist noch zu retten, aber die Uhr tickt laut und unüberhörbar“. Damit beantwortete die ehemalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks in ihrem Vortrag im LA8 die Frage, die ihr das Forum Zukunft im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe „Klimawandel – Ist unsere Welt noch zu retten?“ stellte, grundsätzlich positiv. In ihren Ausführungen machte sie aber auch klar, dass es noch vieler Anstrengungen bedürfe, um die 2016 von der Pariser Klimakonferenz beschlossenen Ziele zu erreichen.

Trotz aller Kritik von Umwelt-Organisationen und Klimaforschern, dass diese Ziele zur Rettung der Welt nicht ausreichen, verteidigte sie das Pariser Abkommen, das sie als Umweltministerin für Deutschland unterzeichnet hatte, als einen wichtigen Meilenstein in dem Bemühen, die Erderwärmung nicht über zwei Grad hinausgehen zu lassen. Zum ersten Mal nämlich sei es damals gelungen, jedes einzelne Unterzeichnerland in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag dazu zu verpflichten, konkret definierte Klimaziele in konkret gesetzten Zeiträumen zu erreichen.

Aus dem Publikum wurde Hendricks auf neue wissenschaftliche Gutachten angesprochen, wonach Deutschland das

bis zum Jahr 2030 gesetzte Ziel, den CO₂-Ausstoß gegenüber 1990 um 55 Prozent zu reduzieren, mit den bisher beschlossenen Maßnahmen verfehlen werde. Dazu räumte sie ein, dass die Politik die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Verbraucher noch weiter in dem Sinn verändern müsse, dass ökologisch sinnvolles Verhalten sich lohne.

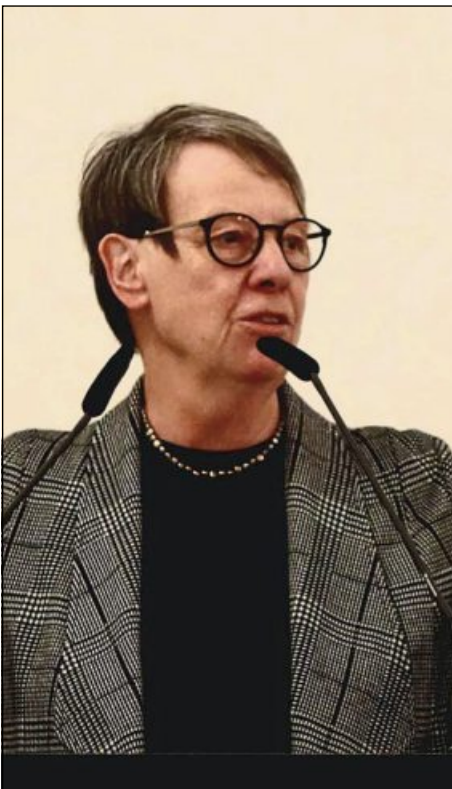
Für die Wirtschaft sei es ohnehin sinnvoll, die Vorreiterrolle bei der Entwicklung klimaschonender Technologien und Produkte, die Deutschland lange Zeit inne hatte, nicht zu verlieren, sondern weiter auszubauen. Sie zeigte sich überzeugt davon, dass die Technologie der Zukunft ökologisch sein werde und wenn Deutschland seine Führungsrolle hier verliere, würden andere Länder diese Zukunftsmärkte beherrschen.

Neben den Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, die die Politik setzen kann, sei es aber auch wichtig, dass die Verbraucher mitziehen. Auch hier zeigte sich die Umweltpolitikerin zuversichtlich. Vor 20 Jahren habe man überall noch in geschlossenen öffentlichen Räumen geraucht, aber irgendwann sei die Zeit für ein Umdenken reif gewesen, heute werde selbst in privaten Wohnungen meist nur noch auf dem Balkon zur Zigarette gegriffen. So ähnlich werde das auch mit der Akzeptanz umweltfreundlicher Produkte, zum Beispiel im Bereich der E-Mobilität, kommen.

Auf den Einwand aus dem Publikum, dass dieser Sinneswandel nur durch ein klares gesetzliches Verbot erreicht worden sei, räumte sie ein, dass auch Verbote zu den politisch zu beschließenden Rahmenbedingungen gehören könnten. Dazu gehöre auch eine Bepreisung des CO₂-Ausstoßes, die im Klimapaket der Bundesregierung zwar nur moderat sei, aber kontinuierlich steigen werde. Die Einnahmen aus der CO₂-Steuer könnten dann für den Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur verwendet werden.

Neben Verboten und Regulierungen setzt Hendricks aber offenbar besonders auf den technologischen Fortschritt. Schon heute sei Strom aus Windkraft und Fotovoltaik billiger als Kohlestrom oder Atomstrom, zumindest wenn man alle Kosten einrechne.

Deshalb setzten auch Schwellenländer wie China oder Indien bereits massiv auf regenerative Energien. So müssten auch bei uns gesetzliche Regelungen klar eine Richtung für Investitionen vorgeben: Jeder müsse vom Klimaschutz profitieren können, sowohl die Wirtschaft als auch die Verbraucher: „Wir befinden uns am Scheideweg. Wir müssen unsere Lebensweise und unsere Wirtschaft so verändern, dass wir unseren Planeten heil an die nächste Generation weitergeben können“.



ZUM KLIMASCHUTZ referierte Barbara Hendricks in Baden-Baden. Foto: Fischer